

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Gruppe der PDS/Linke Liste

Einfluß der Vertriebenenverbände auf die Verhandlungen der Bundesregierung mit der ČSFR

In den Auseinandersetzungen um die Verhandlungen der Bundesregierung mit der ČSFR über einen Nachbarschaftsvertrag haben vehement führende CSU-Politiker und Funktionäre der Revanchistenverbände einen Anspruch auf Mitsprache erhoben. Der Ministerpräsident von Bayern, Streibl, fordert eine bayerische Beteiligung an den Verhandlungen. Gleichfalls verlangten mehrere Funktionäre der von Rechtsextremisten durchsetzten Sudetendeutschen Landsmannschaft, daß sie in die Gespräche einbezogen werden sollten. Die Vertreter der Revanchistenverbände haben auf ihren Pfingsttreffen 1991 klar und unmißverständlich ihre Standpunkte formuliert. Der Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft Neubauer drohte z. B., daß es eine Lösung mit der ČSFR nur gebe, „wenn alle Enteignungen rückgängig gemacht werden würden. In Fällen, in denen Eigentum nicht mehr zurückgegeben werde, müßten die Vertriebenen entschädigt werden“ (Welt, 21. Mai 1991).

Bayerns Ministerpräsident Streibl hat sich dafür eingesetzt, daß die Funktionäre der Revanchistenverbände an diesen Verhandlungen beteiligt werden müßten.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Ist die Bundesregierung allen Ernstes der Meinung, daß Drohungen der Funktionäre der Vertriebenenverbände und der CSU über „Rückgängigmachung von Enteignungen“, „Entschädigungen“, „Anerkennung durch die ČSFR für begangenes Unrecht“ an den Vertriebenen usw., in den Verhandlungen mit der ČSFR vertreten werden sollten?
2. Teilt die Bundesregierung die Forderung des Bundesministers der Finanzen, Dr. Waigel, daß die Sudetendeutschen „anders als beim deutsch-polnischen Vertrag“ frühzeitig in die Verhandlungen mit der ČSFR einbezogen werden müßten?
3. Wie und gegebenenfalls durch wen waren die Vertreter der Revanchistenverbände an diesen Verhandlungen über den Nachbarschaftsvertrag mit der ČSFR beteiligt?

4. Gedenkt die Bundesregierung, falls dies bisher noch nicht geschehen war, die Vertriebenenverbände und die bayerische Landesregierung an den Verhandlungen zu beteiligen?

Wenn ja, wie soll diese Beteiligung aussehen und welche Personen der Vertriebenenverbände sollen an diesen Verhandlungen teilnehmen?

5. Beabsichtigt die Bundesregierung, in die Verhandlungen mit der Regierung der ČSFR über einen Nachbarschaftsvertrag antifaschistische und antimilitaristische Organisationen und Verbände einzubeziehen?

Wenn nein, warum nicht?

6. Wird die Bundesregierung in Anbetracht der Äußerung des bayerischen Sozialministers Glück auf dem Sudetendeutschen Pfingsttreffen 1991 „Wir wollen einen Vertrag der Völker und nicht einen Vertrag der Außenminister“ die bayerische Landesregierung an den Verhandlungen mit der Regierung der ČSFR nicht hinzuziehen?

Wenn trotzdem, aus welchen Gründen?

7. Wird die Bundesregierung in Anbetracht der unverhohlenen Drohung des bayerischen Ministerpräsidenten Streibl in seiner Rede auf dem Pfingsttreffen der Sudetendeutschen Landsmannschaft 1991: „Wir würden es (...) als positives Zeichen ansehen, wenn die Tschechoslowakei jetzt in Eigentumsfragen nicht Fakten schaffen würde, die spätestens unter europäischen Aspekten wieder in Frage gestellt werden.“ die bayerische Landesregierung an den Verhandlungen mit der Regierung der ČSFR nicht beteiligen?

8. Wird sich die Bundesregierung die Äußerung des bayerischen Ministerpräsidenten Streibl in der gleichen Rede als Forderung in den Verhandlungen mit der Regierung der ČSFR zu eignen machen, nach der die „ČSFR sich an die europäische Hausordnung halten“ müsse, wenn sie „den Weg nach Europa gehen“ wolle?

a) Wenn nein, warum nicht?

b) Wenn nein, befürchtet die Bundesregierung, daß deshalb die Unterzeichnung des Nachbarschaftsvertrages mit der ČSFR aufgrund vorgenannter Äußerungen zeitlich verzögert werden oder gar scheitern könnte?

9. Wird die Bundesregierung die Forderung der Sudetendeutschen Landsmannschaft nach Entschädigungen für ab 1945 enteignetes Vermögen in die Verhandlungen mit der Regierung der ČSFR einbringen?

10. Befürchtet die Bundesregierung, daß durch die Äußerung des Sprechers der Sudetendeutschen Landsmannschaft Franz Neubauer, bei Nichteingehen auf die Forderungen der Landsmannschaft sei die „Rückkehr der ČSFR nach Europa gefährdet“, das Verhandlungsklima zwischen der Bundesregierung und der Regierung der ČSFR gestört werden könnte?

a) Wird das Amt des Sprechers der Sudetendeutschen Landsmannschaft aus Mitteln des Bundeshaushalts finanziert?

11. Fürchtet die Bundesregierung durch die Aussage des Sprechers der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Franz Neubauer, gegenüber der tschechoslowakischen Tageszeitung „Rude pravo“: „Ich habe in Deutschland zwanzig Wahlkämpfe absolviert, warum sollte ich nicht den 21. in der Tschechoslowakei führen?“ (FR, 27. April 1991) um das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland im Ausland?

12. Hat sich die Bundesregierung gegenüber der ČSFR für die Drohungen der Funktionäre der Revanchistenverbände und der CSU in Richtung der Bevölkerung und Regierung der ČSFR entschuldigt?

Wenn nein, warum nicht?

13. Wie bewertet es die Bundesregierung in Anbetracht der Finanzierung bzw. der Mitfinanzierung aus Mitteln des Bundeshaushalts, daß Funktionäre der Sudetendeutschen Landsmannschaft Mitglieder bei den rechtsextremen „Republikanern“ und/oder im rechtsextremen „Witikobund“ sind?

14. Sind der Bundesregierung Proteste der Medien der ČSFR wegen der Äußerungen der Funktionäre der Revanchistenverbände bekannt und wenn ja, in welchen Medien wurde gegen die Kundgebungen der Revanchisten protestiert?

15. Haben Vertreter der Regierung der ČSFR bei der Bundesregierung wegen der vorgetragenen Inhalte auf den Pfingsttreffen der Vertriebenenverbände protestiert?

16. Wie bewertet die Bundesregierung den Auftritt des Bundesministers des Innern, Schäuble, auf dem Pfingsttreffen der Sudetendeutschen Landsmannschaft?

Bonn, den 27. Mai 1991

Ulla Jelpke
Dr. Gregor Gysi und Gruppe

Druck: Thenée Druck, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67

Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51, Telefax (02 28) 36 12 75
ISSN 0722-8333